



VI. Kulturfestival der Deutschen Minderheit in Polen

Das bereits VI. Kulturfestival der Deutschen Minderheit in Polen fand am Samstag, dem 22. September, in der Breslauer Jahrhunderthalle statt. Neben Auftritten von Kulturgruppen haben die Organisatoren, also der Verband deutscher sozial-kultureller Gesellschaften in Polen, auch viele Institutionen der deutschen Minderheit in der Republik Polen eingeladen, um sich vorzustellen. Außerdem gab es ein buntes Begleitprogramm und auch für die Jüngsten war etwas dabei.

„Ohne Religion kann es keine Kultur geben“, sagte zu Beginn des Gottesdienstes im Breslauer Dom der Minderheitenseelsorger im Erzbistum Breslau Pater Marian Arndt und sprach damit den Organisatoren des Kulturfestivals aus der Seele, die das Festival traditionell mit einer Heiligen Messe begonnen haben. Diese leiteten die Bischöfe von Oppeln Andrzej Czaja und Gleiwitz Jan Kopiec.

Kopiec erinnerte in seiner Predigt daran, wie schwierig es für die Deutschen in Polen in der Nachkriegszeit gewesen ist und dass sie nun seit mehr als 25 Jahren frei ihre Kultur und Sprache pflegen können. „Die Minderheiten sind eine Bereicherung, doch ein friedliches



Fot. Die Jahrhunderthalle voller Ehrengäste und Zuschauer

Leben kann es nur in gemeinsamer Wertschätzung geben“, sagte Bischof Kopiec. Nach dem Gottesdienst begann das eigentliche Kulturfestival in der Jahrhunderthalle, und zwar mit den Hymnen Polens, Deutschlands und Europas.

In seiner Begrüßungsrede in der Jahrhunderthalle hob Bernard Gaida, Vorsitzender des Verbandes deutscher Gesellschaften, des Organisators des Festivals, vor allem den Dialog hervor, der für die Minderheiten von großer Bedeutung sei.

Den Dialog suchte, nach Meinung Gaidas, die deutsche Minderheit bereits vor der politischen Wende und stellte sich bei den Bemühungen um eine Demokratisierung Polens nie abseits. „Dass wir an Dialog so sehr interessiert sind, beweist u.a. die Tatsache, dass wir als nationale Minderheit die einzigen sind, die offen an allen Wahlen im Land teilnehmen, denn unser Ziel ist es Brücken zu bauen“, sagte Bernard Gaida.

Fortsetzung auf Seite 3

Haus Kopernikus - Infos:

Die Geschäftsstelle ist geöffnet: dienstags, donnerstags und freitags: von 9 bis 12 Uhr, mittwochs von 13 bis 16 Uhr.

Krystyna Plocharska (Vorsitzende), E-Mail: kplocharska@agdm.pl

Sekretariat

Renata Barczewska (2. Vorsitzende), E-Mail: rbarczewska@agdm.pl

Das Zentrum für wirtschaftliche Information ist geöffnet: von Montag bis Freitag von 9 bis 13 Uhr.

Sekretariat

Joanna Szymanowska, E-Mail: jszymanowska@agdm.pl

Anna Kazańska, E-Mail: a.anisko@agdm.pl

Die Bibliothek ist geöffnet: montags von 11 bis 12 Uhr, mittwochs von 15 bis 16 Uhr (Nähere Informationen im Büro).

Schriftleitung der Allensteiner Nachrichten und Praktikantenbetreuung:

Dr. Alexander Bauknecht (2. Vorsitzender), E-Mail: abauknecht@agdm.pl

Ihre Spenden überweisen Sie bitte an Olsztyńskie Stowarzyszenie Mniejszości Niemieckiej w Olsztynie

IBAN 59 1540 1072 2001 5050 7600 0002, SWIFT WBOS PL PW063

Aktuelle Informationen über unsere Tätigkeit sowie Archivausgaben der AN finden Sie auf der Netzseite www.agdm.pl

Tel./Fax +48 89 523 69 90



Neuigkeiten aus Stadt und Region

Ostpreußische Friedhöfe werden inventarisiert

Der Bestand der Friedhöfe, die vor 1945 in Ostpreußen angelegt wurden, wird in den kommenden zwei Jahren von Freiwilligen und Wissenschaftlern aufgenommen. Die Dokumentation der evangelischen und katholischen Gemeindefriedhöfen, von Wald-, Kriegs- und Gutsfriedhöfen wird im Internet veröffentlicht. Bisher wurden in unserer Region über 3 500 Friedhöfe registriert. Es wird geschätzt, dass es insgesamt doppelt so viele Nekropolen gibt. Viele von ihnen sind im schlechten Zustand. Eine große Hilfe für die Wissenschaftler leisten Mitglieder des „Sozialkomitees für die Rettung Ehemaliger Friedhöfe in dem Ermland und Masuren“. Am Vorhaben beteiligt sich auch die Schuljugend, die vergessene Friedhöfe in ihren Städten und Gemeinden beschreibt. Alte, seit Jahren unbenutzte Nekropolen werden von Bäumen und Sträuchern überwuchert. Die Eisenzäune von Gräbern fallen zu Opfer von Dieben. Wie es aus den Presseumfragen hervorgeht, hat die Aktion Zustimmung unter den Einwohnern der Region gefunden.

Szar

Bürgerhaushalte

Jedes Jahr bekommen Kommunalbehörden Geld aus den Steuern ihrer Einwohnern, Unternehmen und staatlichen Subventionen für die Entwicklung. Beamte sehen die Bedürfnisse der Stadt und der Einwohner häufig anders, als sie selbst. Seit mehreren Jahren sondern die Behörden, unter dem Druck der Einwohner, mehrere hundert Tausend Euro aus dem Stadthaushalt ab und lassen über ihre Verwendung abstimmen. Aus vielen Vorschlägen wählt die Verwaltung diejenigen, die die meisten Stimmen bekommen haben. In Allenstein hat man am häufigsten Anträge auf Umbau alter Bürgersteige und Spielplätze für Kinder gestellt. Man hat auch für Aufräumen kleiner Strände und des Grasstrands im Westteil des Okullsees gestimmt. In Heilsberg wünschen sich die Bürger dagegen mehr Kleinarchitektur, wie z.B. Springbrunnen in der Stadt sowie Ausbau der Grünflächen. In anderen Städten überwogen solche Zwecke, wie Bau von Gehwegen rund um städtische Seen sowie von kleinen Konzertscheln.

szar

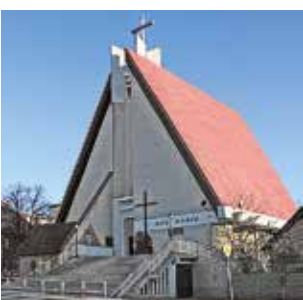
Erinnerung an deutsche Friedhöfe

Auf dem ehemaligen deutschen Friedhof in Nusstal bei Hohenstein haben deutsche Dorfbewohner ihre letzte Ruhe gefunden. Das ist eines der vielen Dörfer, die in den 70er Jahren des letzten Jahrhunderts leer wurden. Alle sind in die BRD ausgereist. Die leere Ortschaft hat mit leeren Häusern und Wirtschaftsgebäuden erschreckt. Geblieben ist nur die Kirche und das Gebäude des Forstreviers. Der unweit der Kirche liegende Friedhof ist jahrelang mit Sträuchern zugewachsen und die Grabsteine sind vom Alter zerfallen. Vor einigen Monaten haben die Schüler von der Grundschule Nr. 1 in Hohenstein den Friedhof saniert. Das ist das Ergebnis des aus den EU-Mitteln finanzierten Vorhabens „Kulturerbe“. Leider sind nur wenige Gräber mit deutschen Aufschriften erhalten geblieben. Man hat u.a entziffert, dass hier 1897 Eva Sopella bestattet wurde. Die Aufmerksamkeit zieht auf sich das Grab des Niederländers Hens Jank. Während des Kriegszustandes in der Republik Polen 1981 brachte er Hilfspakete für die Einwohner von Nusstal. Das Dorf hat ihm so sehr gefallen, dass er sich wünschte, nach dem Tod auf dem hiesigen Friedhof bestattet zu werden. Sein letzter Wille wurde erfüllt. Er ruht im Schatten gewaltiger Fichten. Die Kinder von der Schule in Hohenstein haben versprochen, alle verfallenen deutschen Friedhöfe in der Gemeinde Hohenstein in Ordnung zu bringen.

R. R.

Katholische Gottesdienste im November

- | | |
|---------------------------------------|---|
| 1. November (Allerheiligen): | - 10 Uhr Allenstein-Jomendorf |
| 2. November (Allerseelen): | - 10 Uhr Allenstein-Jomendorf |
| 4. November: | - 10 Uhr Allenstein-Jomendorf
- 15 Uhr Heilsberg, Katharinenkloster |
| 11. November: | - 14 Uhr Allenstein, Herz-Jesu-Kirche |
| 18. November (Volkstrauertag): | - 10 Uhr Allenstein-Jomendorf
- 14 Uhr Allenstein-Jakbsberg, Ehrenfriedhof
- 17 Uhr Rößel
- keine hl.Messe in Bischofsburg |
| 25. November (Christkönig): | - 10 Uhr Allenstein-Jomendorf |



VI. Kulturfestival der Deutschen Minderheit in Polen

Dieses Brückenbauen werde aber in der letzten Zeit nicht nur in Polen gestört, was sich u.a. im Extremfall in Fremdenfeindlichkeit widerspiegeln. „Und eine solch reservierte Haltung gegenüber anderen trifft immer als erstes die nationalen Minderheiten in einem Land“, meinte Gaida und gab als Beispiel die neueingeführte Regelung, wonach Richter in Polen nur Menschen sein können, die ausschließlich die polnische Staatsbürgerschaft haben. Dabei seien viele deutschstämmige in Polen Doppelstaatler. „Wir haben auch in den letzten Jahrzehnten bewiesen, dass wir trotzdem keineswegs treulose Bürger unseres Landes sind“, sagte Bernard Gaida.

Bernard Gaida nutzte das Kulturfestival aber nicht nur, um auf die Geschichte der Deutschen in Polen und die heutige Notwendigkeit zum Dialog hinzuweisen. Er dankte auch allen Mitgliedern der deutschen Minderheit für ihr tägliches ehrenamtliches Engagement. Einen Dank sprach auch Stephan Mayer, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesinnenministerium aus und freute sich, dass das Kulturfestival auf eine so rege Resonanz der in Polen lebenden Deutschen traf. „Die Bundesregierung ist sich ihrer Verantwortung für die deutsche Minderheit bewusst und unterstützt diese auch finanziell. Die Minderheit, die ihre Sprache und Kultur aktiv pflegt, ist nämlich ein authentischer Botschafter eines guten Zusammenlebens zwischen Deutschen und Polen“, meinte Stephan Mayer.

Nach den Festreden begann das Bühnenprogramm. Es präsentieren sich Volkstanzgruppen, Orchester



Fot. Bernhard Gaida am Rednerpult

und Chöre – unter ihnen auch der aus der Fernsehshow „Mam talent“ bekannt gewordene Lukos Gogol mit seinem Akkordeon.

Eine Premiere gaben u.a. die Vereinten Chöre der Deutschen Minderheit aus der Region Oppeln (Canthabiles aus Konty, Brosci Chorus aus Broschütz, Glogovia aus Oberglogau und der Krappitzer Chor) unter der Leitung des Opernsängers Oskar Oskar Koziółek Goetz.

Darüber hinaus gab es weitere Programmpunkte wie beispielsweise ein Gespräch mit Zeitzeugen. Die Vorsitzende der Deutschen Minderheit in Breslau (DSKG), Renata Zajązkowska, berichtete über die traumatischen Ereignisse vom Januar 1945, als die Rote Armee in Gleiwitz einrückte, wo die DSKG-Chefin als junges Mädchen lebte. Die Szenen von Morden und Vergewaltigungen haben sich tief in ihr Gedächtnis eingegraben. „Das waren die schlimmsten Erlebnisse meines Lebens und ich kann sie bis heute nicht vergessen. Noch immer verfolgen sie mich in meinen Träumen“, berichtet Zajązkowska. Zu schnell hat sie damals erwachsen werden müssen und bedauert bis heute die verlorene Kindheit.

Trost fand Renata Zajązkowska in den deutschen Gottesdiensten, die es nach dem Zweiten Weltkrieg, nachdem Schlesien an Polen fiel, nur noch in Breslau gab, wo sie seit den 50er Jahren lebte. Im Rest des Landes waren deutsche Gottesdienste verboten. Außerdem mussten die Deutschen, die nicht geflüchtet sind, ihre Namen ändern.

Davon berichtet Richard Urban aus Himmelwitz, Mitbegründer der Organisation der deutschen Minderheit. „Hundert Mal musste ich in der Schule schreiben, dass ich ab heute Ryszard heiße.“ Die Änderung seines Namens habe ihn dabei nicht so hart getroffen wie andere, erzählt er. „Schlimmer waren diejenigen dran, die Hans oder Heinz hießen, da gab es keine polnische Entsprechung und die Lehrer bestimmten dann einfach: Ab heute bist du Władysław.“

Dass es auch in der dunkelsten Zeit einen Lichtschein gibt, zeigt die Geschichte von Elfryda Mikołajec. Zwar durfte auch sie nicht mehr Elfriede heißen, was sie sehr getroffen hat. Doch in der Schule gab es einen Lehrer, beim dem sie Unterstützung fand. Er setzte sich dafür ein, dass ihre ersten Jahre in einer deutschen Rattiborer Schule nun in der polnischen Schule anerkannt wurden. Das war nicht selbstverständlich.

Erinnerungen von Zeitzeugen wie Elfryda Mikołajec, Richard Urban und Renata Zajązkowska sammelt und archiviert das Haus der Deutsch-Polnischen Zusammenarbeit seit nunmehr zehn Jahren. „Archiv der erzählten Geschichte“ heißt das Projekt – und im Rahmen dieses Projektes

sind heute die Zeitzeugengespräche zustande gekommen.

In ihren Ansprachen lobten der Abgeordnete Ryszard Galla und VdG-Chef Bernard Gaida das Engagement vor allem der jungen Menschen, denn es sind Jugendliche, die die Interviews durchführen. „Sie leisten einen wichtigen Beitrag zur Bewahrung der Geschichte unserer Region“, so Gaida. Der Dank gelte natürlich auch den Zeitzeugen selbst, die den Mut haben, ihre Geschichte zu erzählen.

Das Haus der Deutsch-Polnischen Zusammenarbeit sucht weiterhin Zeitzeugen, die über die Kriegsgeschehen in Schlesien berichten können. Mehr Informationen dazu finden Sie unter www.haus.pl.

Zum Abschluss des Kulturfestivals der deutschen Minderheit ist die deutsche Sängerin und TV-Moderatorin Stefanie Hertel aufgetreten, die zusammen mit ihrer Dirndl-Rockband die Jahrhunderthalle noch einmal zum Beben gebracht hat.

Rudolf Urban

Fotos: Marie Baumgarten

Wochenblatt.pl

Oiko... was?

Noch vor wenigen Tagen lief der Wahlkampf auf vollen Touren, die politischen Parteien überboten sich in Versprechen und in Eigenlob ob ihrer bisherigen Errungenschaften. In Allenstein stellte vor ca. einem Monat der Parteivorsitzende der Regierungspartei Recht und Gerechtigkeit Jarosław Kaczyński nun ein weiteres Argument für die Justizreform vor und erinnerte nebenbei auch an bekannte Gerichtsprozesse wegen Entschädigungen für ehemalige Bewohner des Ermlandes und Masurens.

Jarosław Kaczyński sagte: „Wir reformieren heute die Rechtsprechung. Diese Oikophobie, also die Abneigung gegen das eigene Volk, ist eine der Krankheiten, von denen die Richter teilweise betroffen sind. Schon als Premierminister bekam ich damit zu tun, dass polnische Eigentümer ihre Bauernhöfe verloren haben. Daher haben das Geschichtsbewusstsein und der Gemeinschaftssinn eine große Bedeutung“.

Auf der Seite des Gesetzes

Damit deutete der Parteivorsitzende der PiS an, dass bei einem polnischen Richter die Zugehörigkeit zum polnischen Volk über der Anwendung des Gesetzes stehen muss. Diesem Gedanken folgend könnte man sagen: Und darüber besteht eben keine Gewissheit, wenn ein Richter neben seiner polnischen auch eine andere Staatsbürgerschaft hat. Deshalb hat man im Rahmen der Justizreformen den sog. Doppelstaatlern den Weg zum Richteramt versperrt (Wochenblatt.pl berichtete bereits darüber). Für den Sejmabgeordneten der Deutschen Minderheit Ryszard Galla sind

die Worte von Jarosław Kaczyński inakzeptabel und gefährden den guten Ruf eines jeden polnischen Richters. „Ich denke, ein guter Richter hat sein Rückgrat und richtet vor allem in Übereinstimmung mit dem geltenden Gesetz. Nicht wichtig ist dabei, ob es sich um einen polnischen oder nichtpolnischen Staatsbürger handelt“, sagt Galla und überlegt, wie dann ein patriotisch gesinnter Richter verfahren soll, wenn er in einem Fall zwischen zwei Polen richtet. „Noch schlechter dran ist dann ein Richter, der einen Fall verhandeln muss, bei dem ein polnischer Staatsbürger gegen den polnischen Staat prozessiert. Wie soll der Richter dann entscheiden, um nicht der nun berüchtigten Oikophobie bezichtigt zu werden?“, fragt der Abgeordnete Galla.

Einfacher Fall

Die ehemaligen deutschen Gebiete, in denen nach wie vor Menschen mit nichtpolnischer Nationalität leben, sind nach Ansicht des Abgeordneten Galla ein schlechter Ort, um ein aus-

schließlich schwarz-weißes Weltbild zu zeichnen. Ein breites Echo fand nämlich in Nordpolen der Fall von Agnes Trawny, die nach vielen Jahrzehnten in Deutschland schließlich ihr Eigentum wiedererlangen konnte. Das ging nicht ohne Tragödie für eine im Haus Agnes Trawny wohnende polnische Familie ab, denn sie mussten letztendlich fortziehen. „In einem solchen Mo-

ment ist die richterliche Unabhängigkeit umso wichtiger, denn bei allen Emotionen und mitunter auch politischen Deklarationen und Versuchen einer Druckausübung muss der Richter eben ein rechtskonformes Urteil fällen“, sagt der Abgeordnete Galla. Dr. Alexander Bauknecht, Jurist von der Ermländisch-Masurischen Universität in Allenstein und für eine dortige Anwaltskanzlei tätig, pflichtet ihm bei: „Entsprechend dem Recht steht Menschen, die für eine Wiedergabe ihres Vermögens streiten, eben ein solches Recht zu, aber auch die moralische Seite ist wichtig. Wir sind uns ja dessen bewusst, wie hoch das Wissen über die

Rechtsprechung in Polen ist, vor allem bei Personen, die in den einstigen Russland zugefallenen Teilungsgebieten des Landes leben. Es kam dazu, dass eine Immobilie den Besitzer wechselte und dies auf einem aus einem Heft herausgerissenen Blatt geschrieben wurde, Eintragungen ins Grundbuch nahm man auf die leichte Schulter. Nicht selten nahmen die neuen Bewohner ein Haus vom Staat in Besitz und sahen eben den Staat als Garanten ihrer Rechte an. Einen Staat, der wie der Sozialismus ewig bestehen sollte, aber nur ca. 40 Jahre überdauerte. Schon im Altertum wusste man, dass Unkenntnis des Rechts schädlich ist, aber ich denke, dass eine Eigentumsberaubung, ein Schaden nicht durch einen Anderen wettgemacht werden darf. Etwas anderes ist, dass man in dieser Situation nicht von historischer Gerechtigkeit oder den Reparationen sprechen darf, das sind zwischenstaatliche Fragen und deren Lösungen dürfen nicht auf Kosten der Bürger der einen oder anderen Seite gehen.



Fot. Jarosław Kaczyński erinnerte in Allenstein an die Entschädigungsprozesse von vor 10 Jahren (PiS/Twitter.com)



©Agencja Gazeta

Fot. Agnes Trawny auf ihrem Anwesen in Narten (Tomasz Waszczuk/AG)

Nach Meinung von Dr. Bauknecht geht es in praktisch allen Fällen von Klägern nicht um Personen, die kurz vor Ende des Zweiten Weltkriegs geflüchtet sind oder unmittelbar danach vertrieben wurden. Sie haben vom deutschen Staat eine Entschädigung erhalten und sind an jahrelangen Gerichtsverfahren in Polen nicht interessiert, ihre Kinder und Enkel schon gar nicht. „Obwohl man vor dem EU-Beitritt Polens die Menschen mit einer Welle von deutschen Entschädigungsforderungen ängstigte, ist dies nicht eingetreten. Entschädigungen sind für Politiker und Medien ein gutes Thema, um Unruhe zu säen. Um ihnen aber diese Möglichkeit zu nehmen, müsste eine endgültige rechtliche Lösung gefunden werden, die allerdings gewiss zu Lasten der Opfer der Enteignungen gehen würde. Zusammen mit den Spätaussiedlern würde man sich auch um die polnischen Vorkriegseigentümer kümmern, die bis heute um die Aufhebung der sog. Bierut-Dekrete kämpfen. Dabei zeigt sich also ganz deutlich, dass der Staat reich durch eigenes Vermögen sein sollte, das von Politikern und Beamten verwaltet wird und nicht durch den Reichtum der Bürger“, sagt der Allensteiner Jurist.

Das sind keine Deutschen

Die Gerichtsverfahren laufen im Zusammenhang mit Personen, die erst nach der Verifizierung und anschließender Zuerkennung der polnischen Staatsbürgerschaft in den 1940er-Jahren letztendlich Polen verlassen haben. Dies geschah nicht selten, nachdem diesen Menschen eine Ausreise über längere Zeit nicht gestattet war, und sie erhielten die Ausreisegenehmigung erst dann, wenn ihr Eigentum für den Staat oder einen kommunistischen Funktionär interessant wurde. „Für diese Menschen bedeutete die Ausreise somit die Eigentumsübergabe an den Staat und einen vermeintlichen Verlust der polnischen Staatsbürgerschaft. Das Problem ist allerdings, dass der Verlust der Staatsbürgerschaft gerade nach damaligem Gesetz in Form einer individuellen Entscheidung erfolgen musste. Auf ein solches Dokument bin ich aber nicht gestoßen, was vermuten lässt, dass man es schlichtweg nicht getan hat“, so Dr. Bauknecht.

Dies bedeutet, dass diejenigen, die zur Abgabe ihres Eigentums gegen eine Ausreisegenehmigung genötigt wurden, ihre

polnische Staatsbürgerschaft nie verloren haben. Folglich kann auch keine Rede davon sein, dass ein polnischer Richter einem Deutschen polnisches Eigentum abgibt. „Im Gesetz über die polnische Staatsbürgerschaft gibt es einen Passus über die Ausschließlichkeit der Staatsbürgerschaft, was bedeutet, dass für den polnischen Staat eine Person mit polnischer Staatsbürgerschaft Pole ist, unabhängig davon, ob er eine andere Staatsbürgerschaft besitzt. Somit haben die Richter, soweit mir bekannt ist, nie einem Ausländer eine Entschädigung zuerkannt oder eine Eigentumsrückgabe zugesprochen, sondern immer einem polnischen Staatsbürger“, betont Dr. Alexander Bauknecht und fügt hinzu: „Würden wir es billigen, wenn Personen, die nach Großbritannien auswandern, im Moment der Ausfahrt ihr Vermögen weggenommen werden würde?“

Kann somit einem Richter, der nach dem Buchstaben des Gesetzes urteilt, denn wirklich ein Handeln gegen staatliches Interesse und eine Abneigung gegen das eigene Volk unterstellt werden?

Rudolf Urban
Wochenblatt.pl

**Unseren Geburtstagskindern,
die im November
ihr rundes Wiegenfest
feiern, wünschen wir
eine beständige Gesundheit,
viel Freude und Glück!**

85 Jahre
Frau Irmgard Swierzewski

80 Jahre
Herr Horst Reisenberg

65 Jahre
Frau Helene Wardaszko

Das Königsberger Blutgericht



Seit den 1830er Jahren war die Weinschänke in den Gewölben des Nordflügels des Königsberger Schlosses populär und wurde im Laufe der Zeit so berühmt wie Luther & Wegener in Berlin oder Auerbachs Keller in Leipzig. Der Name bezog sich vermutlich auf die Räumlichkeiten im Unterbau des Marschallflügels im Schloss, die als Marterkammer, Peinkammer, Diebesgefängnis, Pfefferstüb, Große Glocke oder Spanische Nadel der mittelalterlichen Wahrheitsfindung dienten oder auf das Hofgericht, das seit 1512, oder das Oberlandesgericht, das seit 1810 in den Räumen darüber tagte.

Im Jahr 1738 begründete der 6 Jahre zuvor aus Schintlmaiß bei Bischofshofen im Salzburgischen zugewanderte Balthasar

Schindelmeißer in der Kneiphöfischen Langgasse eine Weinhandlung, die bald florierete. Es wurden Filialen in Warschau und Wilna gegründet und Balthasar Schindelmeißer konnte von den Erträgen 1760 das spätere Gut Luisenthal in Juditten erwerben. Seine Nachfolger schlossen sich 1827 mit dem Kommerzienrat Johann Christoph Richter, der seit 1799 im Schlosskeller eine kleine Weinhandlung mit Weinlager betrieb und 1806 die Witwe David Schindelmeißers geheiratet hatte, zu einer Handelsgesellschaft unter dessen Leitung zusammen, die die weiträumigen Kellergewölbe des Schlosses als Lagerhallen anmietete und das Weinlokal einrichtete, das bald überregionale Bedeutung gewann. Am 1. 10. 1938 feierte man das 200jährige Bestehen der Weinhandlung.

Zu den Gästen des Lokals im Schlosshof zählten im Laufe der Zeit viele Prominente wie die Schauspieler Paul Wegener und Heinrich George, die Schriftsteller Fritz Skowronnek und Ernst von Wolzogen, der „Seeteufel“ Graf Luckner, Großadmiral Prinz Heinrich von Preußen, Außenminister Gustav Stresemann und viele weitere.

Anfang April 1945 waren die Räume des Blutgerichts noch gut intakt, lediglich im Eingangsbereich gab es Beschädigungen. Der Gastronomiebetrieb wurde bis zur Eroberung Königsbergs durch die Rote Armee aufrecht erhalten. Die Räume des Blutgerichts wurden nach 1945 gesprengt und die letzten verbliebenen Mauerteile mit dem Schloss 1969 abgeräumt. Eine Ausstellung in der Stadthalle zeigt die zerstörte Weinschenke.

Manfred Höhne
Ostpreussen.net

Erinnerung an den sozialdemokratischen Politiker Hugo Haase aus Allenstein

Hugo Haase (29. 9. 1863 – 18. 10. 1919) wurde als ältestes von zehn Kindern eines jüdischen Schuhmachers in Allenstein geboren. Nach Übersiedlung nach Wormditt kam der Vater als Flachshändler zu Wohlstand. Hugo Haase studierte Jura in Königsberg, dazu später Philosophie und Nationalökonomie, und trat 1887 der SPD bei. Als er ein Jahr später seine Anwaltskanzlei in Königsberg eröffnete, war er der einzige sozialdemokratische Rechtsanwalt in Ostpreußen. Als solcher verteidigte er viele Arbeiter und Funktionäre, auch Bauern, allein 64 Mal Redakteure regierungskritischer Zeitungen. Spektakulär war die Verteidigung von Otto Braun in dessen Prozeß wegen Hochverrats, Zarenbeleidigung und Geheimbündelei sowie der Hochverratsprozeß gegen Karl Liebknecht 1907 vor dem Reichsgericht in Leipzig. Zu Beginn des 20. Jhs. wurde er als Strafverteidiger bekannt und erlangte z. B. für den späteren preußischen Ministerpräsidenten Otto Braun 1904 einen Freispruch. Auch Karl Liebknecht bewahrte er 1907 vor einer Verurteilung. Hugo Haase war verheiratet mit Thea Lichtenstein aus Ortelsburg.

Aufgrund seines juristischen Scharfsinns wurde Haase 1894 der erste sozialdemokratische Abgeordnete in der Königsberger Stadtverordnetenversammlung und war von 1897–1907 und 1912–1916 Mitglied der SPD-Reichstagsfraktion, danach von 1917 bis 1919 der Fraktion der USPD. 1911 wählte man ihn neben

August Bebel zum Parteivorsitzenden der SPD, nach Bebel's Tod 1913 leitete er die Partei zusammen mit Friedrich Ebert.

Der Parteiraion folgend, stimmte der überzeugte Pazifist und Kriegsgegner der Bewilligung der Kriegskredite zu, entwickelte sich aber sehr bald zu einem vehementen Kritiker der deutschen Kriegsführung, kam dadurch in Gegensatz zu seiner Partei und legte deshalb am 21. März 1916 den Parteivorsitz nieder. Am 1. April 1917 wurde er in Gotha zum Mitbegründer der USPD, der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, erlangte deren Vorsitz und wurde am 10. November 1918 Mitglied im Rat der Volksbeauftragten der neuen revolutionären Regierung unter Leitung von Friedrich Ebert. Dort vertrat er einen gemäßigten Kurs, trat jedoch am 29. Dezember 1918 aus diesem Rat wieder aus.

Haase blieb Vorsitzender der USPD und vertrat dort den gemäßigten Flügel. Nach der Niederschlagung der Münchner Räterepublik verteidigte Haase im Juli 1919 als Rechtsanwalt den Dichter Ernst Toller vor dem Standgericht und erreichte, dass Toller nicht zum Tode verurteilt wurde. Am 8. Oktober 1919 wurde er bei einem politischen Attentat schwer verwundet und erlag seinen Verletzungen vor 155 Jahren am 7. November 1919.

Manfred Höhne
Ostpreussen.net

Einmal mit den Kindern um die Welt



Dieses Jahr war das Thema unserer Kinderbegegnung für die Reisefreaks geeignet, weil unsere Jugendgruppe Ermis mit den Kindern aus der Bundesrepublik Deutschland, Republik Polen und der Ukraine herumgereist ist. Die ganze Reise hat auf einer deutschen Insel begonnen. Von dort sind wir jeden Tag mit unserem Flugzeug „Umanzairlines“ auf der Suche nach den schönen Ländern abgeflogen.

Während dieser Woche haben wir alle Kontinente besucht. Unsere Reise haben wir in Norwegen begonnen, wo wir die Möglichkeit hatten, mit den Wikingern eine schöne Zeit zu verbringen. Danach sind wir im Pazifischen Ozean nach Neu Seeland geschwommen. Außerdem konnten wir tolle Landschaften von diesem schönen Ort genießen. Ganz erholt haben wir die nächste Reise nach Peru unternommen. Dort haben wir erfahren, woher der Name dieses Staates eigentlich kommt. Das war eine ganz interessante Nachricht, da dieser Name aus der Zusammenfügung zweier spanischen Wörter



Piru und Viru kommt. In diesem Land haben wir einen Lamatanz gelernt. Nach dem schönen Aufenthalt in Südamerika haben wir beschlossen, nach China zu fliegen. Auf dem traditionellen chinesischen Markt haben wir neue Kontakte mit den Freunden aus der ganzen Welt angeknüpft und dazu noch mehr über die Länderkultur erfahren. Ganz am Ende unserer Weltreise haben wir das exotische



Land Kenia besucht. Mit den Einheimischen haben wir dieses Land durchquert. Am Abend haben wir dagegen einen schönen Sonnenuntergang auf der Savanne genossen.

Bei unserer Kinderbegegnung haben wir uns nicht nur mit dem Thema Weltreise beschäftigt, sondern haben auch für unsere Kinder sowohl tolle Ausflüge (nach Stralsund und zum Strand) als auch interessante Arbeitskreise, in denen sie ihre Hobbys weiterentwi-



ckeln konnten, vorbereitet. Alle Teilnehmer sind gut gelaunt heimgekehrt. Wir warten schon auf unser kommendes Vorhaben im Jahr 2019, das wahrscheinlich in der Republik Polen stattfindet.

Lukasz Sęczyk



Allensteiner Nachrichten • ISSN 1731-8904 • Nakład: 450 egz./Auflage: 450 Exemplare

Herausgeber: Allensteiner Gesellschaft Deutscher Minderheit – Olsztyńskie Stowarzyszenie Mniejszości Niemieckiej 10-522 Olsztyn, ul. Partyzantów 3, Tel./fax +48/89 523 69 90, +48/89 535 39 31; E-Mail: kplocharska@agdm.pl
Bankverbindung: BOŚ SA O/Olsztyn Konto: 86 1540 1072 2001 5050 7600 0001

Redaktion: Alexander Bauknecht, Anna Kazańska, Joanna Szymanowska, Ryszard Reich, Grzegorz Supady; E-Mail: abauknecht@agdm.pl
Druck: Studio Poligrafii Komputerowej SQL” s.c., 10-684 Olsztyn, ul. Wańkowicza 24; tel. +48/89 542 87 66, +48/89 542 03 39, www.sql.com.pl; E-Mail: studio@sql.com.pl

Die Redaktion behält sich vor, Beiträge und Leserbriefe zu bearbeiten und zu kürzen./Redakcja zastrzega sobie prawo adiacji i skracania nadeslanych materialów i listów.

Die „Allensteiner Nachrichten“ werden gefördert aus Mitteln des Ministeriums für Inneres und Verwaltung in Warschau, des BRD-Generalkonsulats in Danzig und des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Soziales, Familie und Integration. Die Allensteiner Gesellschaft Deutscher Minderheit ist Mitglied des Verbandes der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in Polen.

In Breslau das Kulturfestival



...und in Allenstein das Kartoffelfest!

